

Informationsmemorandum – Version (18.06.2026)

zum Vergabeverfahren

**Bau und Wartung eines Batteriespeichersystems mit einer Leistung von ca. 12 MW
elektrisch und einer Kapazität von bis zu 24 MWh oder einer Kapazität von bis zu 48**

MWh am Standort Rheinkai Nord

Projekt: BESS Rheinkai

**für die
Stadtwerke Duisburg AG
Bungertstraße 27
47053 Duisburg
Deutschland**

Frist für die Einreichung des Teilnahmeantrags:

10.07.2026, 10 Uhr

INHALTSVERZEICHNIS

I.	Ziel dieses Informationsmemorandums.....	3
II.	Projektvorstellung	4
1.	Unternehmensvorstellung	4
2.	Ausschreibungsgegenstand.....	4
3.	Besonderheiten der Ausschreibung	4
3.1	Allgemeine Informationen zum Vergabeverfahren	4
3.2	Wettbewerbsbeschränkungen	4
3.3	Nebenangebote/Alternativvorschläge	5
4.	Zeitplan.....	5
III.	Voraussichtlicher Verfahrensablauf.....	5
1.	Teilnahmewettbewerb.....	6
1.1	Fristen	6
1.2	Inhalt des Teilnahmeantrags	6
1.3	Wertung der Teilnahmeanträge	7
1.3.1	Stufe 1: Prüfung auf Vollständigkeit der abgeforderten Nachweise und Erklärungen und ggf. Nachforderung.....	7
1.3.2	Stufe 2: Prüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen und Erfüllung der Mindeststandards und Mindestanforderungen	7
1.4	Bewerbergemeinschaften und Nachunternehmer.....	10
1.5	Hinweispflicht	11
2.	Weiterer Verfahrensablauf	11
2.1	Reduzierung des Bieterkreises nach Auswertung der indikativen Angebote und Verhandlungsgespräche.....	11
2.2	Finale Aufforderung zur Angebotsabgabe	12
2.2.1	Verifizierung der Eignung vor Zuschlagserteilung.....	12
3.	Entschädigungen	12
4.	Weitere Verfahrensinformationen und Fragen.....	12
5.	Rügepflicht.....	13
6.	Formblätter	14
7.	Änderungen	14

I. Ziel dieses Informationsmemorandums

Mit diesem Informationsmemorandum möchte die Stadtwerke Duisburg AG („SWDU“ oder „Auftraggeber“) den Verfahrensablauf für das Vergabeverfahren „Bau und Wartung eines Batteriespeichersystems mit einer Leistung von ca. 12 MW elektrisch und einer Kapazität von bis zu 24 MWh oder einer Kapazität von bis zu 48 MWh am Standort Rheinkai Nord“ erläutern. Die SWDU möchte damit das Verständnis des Marktes für das Projekt und das Vergabeverfahren verbessern. Dies soll es den Interessenten erleichtern, sich für die ausgeschriebenen Leistungen und das Vergabeverfahren optimal aufzustellen. Zugleich sichert die Information faire Wettbewerbsbedingungen.

Im weiteren Verlauf des Vergabeverfahrens werden den Bewerbern bzw. den Bewerbergemeinschaften (im Folgenden synonym als „Bewerber“ bezeichnet) umfassende weitere Informationen zur Verfügung gestellt. Für die Erstellung des Teilnahmeantrags werden die hier zunächst von der SWDU bereitgestellten Unterlagen als ausreichend erachtet.

II. Projektvorstellung

1. Unternehmensvorstellung

Die SWDU ist ein kommunales Unternehmen, das seit 170 Jahren für eine sichere Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Fernwärme in Duisburg steht.

2. Ausschreibungsgegenstand

Der AG beabsichtigt den Bau und die Wartung eines Batteriesystems am Standort Rheinkai Nord mit einer Leistung von ca. 12 MW elektrisch und einer Kapazität von bis zu 24 MWh oder von bis zu 48 MWh.

Gegenstand dieser Ausschreibung ist die komplette Planung und Auslegung inkl. Zuarbeit zur Genehmigung, Konstruktion und Fertigung, Projektleitung, Lieferung und Transport frei Baustelle inklusive sämtlicher Prüfungen und Abnahmen im Werk und auf der Baustelle, Bauleitung, vollständige betriebsfertige Montage und Reinigung inkl. Zubehör, vollständige Dokumentation und Kennzeichnung, Inbetriebsetzung inkl. Parametrierung, Probetrieb und Durchführung von Leistungstests inklusive Nachweis der zugesicherten Beschaffenheitsmerkmale der Batterie-Gruppe.

Zur Realisierung des Projektes schreibt der Auftraggeber funktional aus.

Weitere Einzelheiten zum Auftragsinhalt ergeben sich aus den Vergabeunterlagen, die mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe übersandt werden. Eine Aufteilung nach Losen ist nicht vorgesehen. Die Abgabe von mehreren Hauptangeboten, z. B. verschiedener Hersteller, ist möglich.

3. Besonderheiten der Ausschreibung

3.1 Allgemeine Informationen zum Vergabeverfahren

Das Vergabeverfahren wird als Verhandlungsverfahren mit vorheriger öffentlicher Aufforderung zur Teilnahme (Teilnahmewettbewerb) durchgeführt. Das Verhandlungsverfahren wird nach den Regelungen der Sektorenverordnung (SektVO) sowie dem vierten Abschnitt des GWB durchgeführt.

3.2 Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

3.3 Nebenangebote/Alternativvorschläge

Nebenangebote/Alternativvorschläge sind nicht zugelassen.

Die SWDU behält sich vor, Nebenangebote/Alternativvorschläge gegebenenfalls im Laufe des weiteren Verfahrens zuzulassen, sofern dies zweckmäßig erscheint.

4. Zeitplan

Das Vergabeverfahren sieht für den Teilnahmewettbewerb zunächst folgende Ecktermine vor:

Meilenstein	Termin/Datum
Eingang der Teilnahmeanträge	10.07.2026, 10.00 Uhr

Über den weiteren Ablauf des Vergabeverfahrens wird jeweils aktuell entschieden. Der Zeitplan wird sich dabei an den konkreten Anforderungen des Projektverlaufs orientieren. Er wird den interessierten Unternehmen jeweils aktuell mitgeteilt. Derzeit ist folgender weiterer, unverbindlicher Ablauf beabsichtigt:

Meilenstein	Termin/Datum
Aufforderung indikative Angebote	15.07.2026
Eingang der indikativen Angebote	05.08.2026
Klärungs- und Verhandlungsgespräche	34. KW bis 35. KW 2026
Aufforderung verbindliche Angebote	35. KW 2026
Eingang verbindliche Angebote	36. KW 2026
Vorabinformation nach § 134 GWB	37. KW 2026
Zuschlag	39. KW 2026

III. Voraussichtlicher Verfahrensablauf

Das Vergabeverfahren wird als Verhandlungsverfahren mit vorheriger öffentlicher Aufforderung zur Teilnahme (Teilnahmewettbewerb) durchgeführt.

Anschließend erfolgt die Aufforderung zur Abgabe eines indikativen Angebotes.

Die Verhandlungen werden voraussichtlich im August 2026 stattfinden.

Im Anschluss an die Verhandlungen werden die Bieter gegebenenfalls aufgefordert, ein finales Angebot einzureichen. Der Zuschlag soll spätestens im September 2026 erfolgen. Die Stadtwerke behalten sich vor, das Verfahren anzupassen, wenn dies sachgerecht erscheint. Die Stadtwerke werden die Bewerber / Bieter im Falle von Änderungen hierüber informieren.

1. Teilnahmewettbewerb

Die Bewerber sind zunächst aufgefordert, in einem vorgeschalteten Teilnahmewettbewerb ihre Eignung unter Beweis zu stellen. Für die Erstellung des Teilnahmeantrags durch die Bewerber erfolgt keine Kostenerstattung seitens des Auftraggebers und begründet keinerlei Anspruch des Unternehmens auf Beteiligung an dem beabsichtigten Vergabeverfahren.

1.1 Fristen

Die Teilnahmeanträge sowie sämtlicher Anhang und sämtliches ergänzendes Material sind in deutscher Sprache abzufassen. Der Teilnahmeantrag ist mit den in der europaweiten Bekanntmachung geforderten Angaben und Unterlagen zur Beurteilung der Eignung über den Projektraum des Vergabemarktplatz Metropole Ruhr (<https://www.vergabe.metropoleruhr.de>, dort im Bereich „Teilnahmeanträge“) bis zu dem in der europaweiten Bekanntmachung genannten Termin an den Auftraggeber zu übermitteln.

Bewerber werden darauf hingewiesen, dass die Übermittlung von elektronischen Teilnahmeanträgen abhängig von der Dateigröße und der Übertragungsgeschwindigkeit abhängt und daher ein ausreichender Zeitpuffer einzukalkulieren ist.

Bewerbungen, die verspätet oder nicht formgerecht eingehen, können ggf. vom weiteren Verfahren ausgeschlossen werden.

Das Einreichen der Bewerbung per Post, Fax oder als E-Mail ist nicht ausreichend.

Verspätet eingegangene Teilnahmeanträge werden nicht berücksichtigt. Das Recht zur Nachforderung bei unvollständigen Teilnahmeanträgen (dazu unten) bleibt davon unberührt.

1.2 Inhalt des Teilnahmeantrags

Mit dem Teilnahmeantrag sind die in der Bekanntmachung und diesem Informationsmemorandum genannten Nachweise und Erklärungen vorzulegen. Dafür sind - soweit vorgesehen - die in **Anlage 1** beigefügten Formblätter zu verwenden. Die SWDU weist darauf hin, dass einzelne Eignungsnachweise bestimmten inhaltlichen Mindestanforderungen genügen müssen. Die den inhaltlichen Mindestanforderungen entsprechenden Teilnahmeanträge werden

nach den Vorgaben in Bekanntmachung und Informationsmemorandum nebst Anlagen bewertet.

1.3 Wertung der Teilnahmeanträge

Die Wertung der Teilnahmeanträge erfolgt in zwei Schritten:

1.3.1 Stufe 1: Prüfung auf Vollständigkeit der abgeforderten Nachweise und Erklärungen und ggf. Nachforderung

Der Auftraggeber wird die fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträge auf Vollständigkeit prüfen. Soweit sich daraus ergibt, dass Teilnahmeanträge unvollständig sind, kann der Auftraggeber die entsprechenden Erklärungen und Nachweise mit Ausnahme des **Formblatts TA 1** (Teilnahmeantrag) von dem betreffenden Bewerber innerhalb einer für alle Bewerber/Bewerbergemeinschaften einheitlichen Nachfrist anfordern. Dieses Recht zur Nachforderung von Unterlagen begründet indes keine Verantwortung des Auftraggebers für die Vollständigkeit der Teilnahmeanträge. Haftungsansprüche aus einer fahrlässig versäumten Nachforderung von Unterlagen sind ausgeschlossen. Jeder Bewerber / jede Bewerbergemeinschaft bleibt für den Nachweis seiner Eignung und die Vollständigkeit seines Teilnahmeantrages allein verantwortlich.

1.3.2 Stufe 2: Prüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen und Erfüllung der Mindeststandards und Mindestanforderungen

Der Auftraggeber wird anschließend prüfen, ob Ausschlussgründe vorliegen und die Mindeststandards und Mindestanforderungen erfüllt sind, die in der Bekanntmachung aufgeführt sind. Als geeignet gelten Bewerber, die die geforderten Nachweise und Erklärungen vorgelegt haben, bei denen keine Ausschlussgründe nach § 123 GWB vorliegen und deren Erklärung über das Vorliegen von weiteren Ausschlussgründen, insbesondere nach § 124 GWB nicht auf Unzuverlässigkeit schließen lässt, die die erforderlichen Mindestumsätze nachweisen und die mindestens geforderten wertungsfähigen Referenzen nachweisen. Der Auftraggeber behält sich zudem vor, im Rahmen des rechtlich Zulässigen, Erfahrungen mit dem Bewerber/der Bewerbergemeinschaft bei der Bewertung zu berücksichtigen.

Zum Nachweis der Erfüllung der Mindeststandards und Mindestanforderungen sind die in **Anlage 1** genannten Nachweise und Erklärungen (insbesondere die dort jeweils genannten Formblätter) einzureichen.

a. Persönliche Leistungsfähigkeit

- Angaben zum Bewerber bzw. der Bewerbergemeinschaft (Name, Rechtsform, Anschrift, Telefon, Telefax, E-Mail Adresse, Ansprechpartner) und zu den geschäftsführenden Personen (Anlage 1 – **Formblatt TA 1**),
- Ggf. Erklärung der Mitglieder von Bewerbergemeinschaften (Anlage 1 – **Formblatt TA 5**)
- Erklärung darüber, dass keine Ausschlussgründe, insbesondere nach §§ 123, 124 GWB, vorliegen (Anlage 1 – **Formblatt TA 2**),
- Antiterrorerklärung (Anlage 1 – **Formblatt TA 8**),
- Eigenerklärung Russland-Sanktionen im Bereich der Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen (Anlage 1 – **Formblatt TA 9**),
- Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle (nicht mit dem Teilnahmeantrag einzureichen) sind Erklärungen der (im Teilnahmeantrag) benannten eignungsrelevanten Dritten sowie der (ggf. im Angebot) angegebenen nicht eignungsrelevanten Nachunternehmer vorzulegen, dass dem Bewerber/Bieter im Falle der Zuschlagserteilung die für den Auftrag erforderlichen Mittel der benannten Dritten bzw. Nachunternehmer tatsächlich zur Verfügung stehen werden (Anlage 1 – **Formblatt TA 4, TA 6 und TA 7**). Die Nachunternehmer bzw. Eignungsleihenden müssen ebenfalls die **Formblätter TA 2, TA 3, TA 8 und TA 9** ausfüllen, soweit sich der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft auf die Leistungsfähigkeit der Nachunternehmer beruft.

b. Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

- Erklärung über den Gesamtumsatz (netto), den der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft erwirtschaftet hat/haben - als Mindestumsatz ist ein Umsatz von 5 Mio. Euro netto in den letzten drei Jahren 2023-2025 (kumuliert) gefordert – (Anlage 1 – **Formblatt TA 3**).
- Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle (nicht mit dem Teilnahmeantrag einzureichen) sind Erklärungen der (im Teilnahmeantrag) benannten eignungsrelevanten Dritten sowie der (ggf. im Angebot) angegebenen nicht eignungsrelevanten Nachunternehmer vorzulegen, dass dem Bewerber/Bieter im Falle der Zuschlagserteilung die für den Auftrag erforderlichen Mittel der benannten Dritten bzw. Nachunternehmer tatsächlich zur Verfügung stehen werden (Anlage 1 – **Formblatt TA 4, TA 6 und TA 7**). Die Nachunternehmer bzw. Eignungsleihenden müssen ebenfalls die **Formblätter TA 2, TA 3, TA**

8 und TA 9 ausfüllen, soweit sich der Bewerber bzw. die Bewerbungsgemeinschaft auf die Leistungsfähigkeit der Nachunternehmer beruft.

c. Technische Leistungsfähigkeit

Bewerber müssen über eine für den Auftrag ausreichende technische Leistungsfähigkeit verfügen. Der Auftraggeber wird Bewerber ausschließen, bei denen begründete Zweifel daran bestehen, dass sie die für die Leistungserbringung erforderliche technische Leistungsfähigkeit haben. Dies kann sich aufgrund nicht vorliegender Mindestreferenzen ergeben. Die Erfüllung der Mindestkriterien für die technische Leistungsfähigkeit ergibt sich aus den entsprechenden Angaben in Anlage 1 – **Formblatt TA 3**.

Vom Bewerber bzw. der Bewerbungsgemeinschaft sind mit dem Teilnahmeantrag folgende Nachweise und Erklärungen als Mindestkriterien zur technischen Leistungsfähigkeit vorzulegen:

- Darstellung von insgesamt zwei Referenzen; eine Referenz über „die Lieferung und Inbetriebnahme eines Batteriespeichersystems mit einer Leistung von ca. 12 MW elektrisch und einer Kapazität von 24 MWh“ sowie eine Referenz über „die Lieferung und Inbetriebnahme eines Batteriespeichersystems mit einer Leistung von ca. 12 MW elektrisch und einer Kapazität von 48 MWh“; jeweils innerhalb der letzten 10 Jahre vor Ablauf der Teilnahmefrist (Anlage 1 - Formblatt TA 3) mit folgenden Mindestkriterien:
 - die Lieferung und Inbetriebnahme eines Batteriespeichersystems mit einer Leistung von ca. 12 MW elektrisch und einer Kapazität von 24 MWh, und
 - die Lieferung und Inbetriebnahme eines Batteriespeichersystems mit einer Leistung von ca. 12 MW elektrisch und einer Kapazität von 48 MWh

Für jedes Referenzprojekt sind neben den o. g. Mindestkriterien folgende Angaben zu machen:

- Name und Anschrift des Auftraggebers,
 - Ansprechpartner beim Auftraggeber (Name, Anschrift, Telefonnummer),
 - Referenzschreiben des Auftraggebers, soweit vorhanden,
 - Auftragsvolumen (freiwillige Angabe),
 - Leistungszeitraum
 - Datum der Inbetriebnahme
 - Abnahmedatum
- Erklärung über die aktuell beschäftigten Mitarbeiter gesamt zum Zeitpunkt des Teilnahmewettbewerbs wie auch im Einsatzbereich Duisburg im Bereich Wartung/Service von

Batteriespeichieranlagen zum Zeitpunkt des Teilnahmewettbewerbs sowie die Entfernung (Luftlinie) zwischen dem Anlagenstandort des Batteriespeicher und dem nächstgelegenen aktuellen Servicestandort (Anlage 1 – Formblatt TA 3),

- Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle (nicht mit dem Teilnahmeantrag einzureichen) sind Erklärungen der (im Teilnahmeantrag) benannten eignungsrelevanten Dritten sowie der (ggf. im Angebot) angegebenen nicht eignungsrelevanten Nachunternehmer vorzulegen, dass dem Bewerber/Bieter im Falle der Zuschlagserteilung die für den Auftrag erforderlichen Mittel der benannten Dritten bzw. Nachunternehmer tatsächlich zur Verfügung stehen werden (Anlage 1 – **Formblatt TA 4, TA 6 und TA 7**). Die Nachunternehmer bzw. Eignungsleihenden müssen ebenfalls die **Formblätter TA 2, TA 3, TA 8 und TA 9** ausfüllen, soweit sich der Bewerber bzw. die Bewerbungsgemeinschaft auf die Leistungsfähigkeit der Nachunternehmer beruft.

Von Bewerbungsgemeinschaften gemeinsam erbrachte Referenzen sind als solche anzugeben. Der Auftraggeber behält sich vor, die Referenzangaben zu prüfen.

1.4 Bewerbungsgemeinschaften und Nachunternehmer

Bewerbungsgemeinschaften dürfen im Rahmen des kartellrechtlich Zulässigen gebildet werden. Sie müssen mit ihrem Teilnahmeantrag eine Erklärung zum wettbewerbskonformen Verhalten abgeben (Anlage 1 – **Formblatt TA 5**).

Soweit Bewerbungsgemeinschaften zu gründen sind, weist die SWDU jedoch darauf hin, dass die Partner eines solchen Konsortium bereits bis zum Ablauf der Einreichungsfrist für den Teilnahmeantrag zu diesem Vergabeverfahren abschließend zu benennen sind.

Die SWDU weist darauf hin, dass Änderungen in der Zusammensetzung der Bewerber-/ Bietergemeinschaft nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs nach Maßgabe der Rechtsprechung nur eingeschränkt zulässig sind.

Mehrfachbeteiligungen können zum Ausschluss des/der betreffenden Bewerber/Bewerbungsgemeinschaften führen, falls diese bzw. die betroffenen Unternehmen nicht nachweisen können, dass ihre Teilnahmeanträge/Angebote völlig unabhängig voneinander formuliert werden/wurden und daher die Gefahr der Beeinflussung des (Geheim-)Wettbewerbs nicht besteht. Im Falle der (reinen) Nachunternehmerschaft im Sinne des § 34 SektVO ist die Verpflichtungserklärung (**Formblatt TA 4a**) auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vor Zuschlagserteilung vorzulegen, dass dem Bewerber / Bieter im Falle der Zuschlagserteilung die für den Auftrag erforderlichen Mittel der benannten Nachunternehmer tatsächlich zur

Verfügung stehen werden. Des Weiteren ist das Formblatt TA 2 (Eigenerklärungen 1 und 2) vor Zuschlagserteilung auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen.

Liegt bei dem (reinen) Unterauftragnehmer im Sinne des § 34 SektVO ein Ausschlussgrund gem. §§ 123, 124 GWB vor, muss der Bewerber diesen innerhalb einer von der Vergabestelle bestimmten Frist ersetzen. Auf § 47 SektVO wird hingewiesen.

1.5 Hinweispflicht

Enthalten die Bekanntmachung oder die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Unterlagen Unklarheiten, Widersprüche oder verstoßen diese nach Auffassung des Bewerbers gegen geltendes Recht, so hat der Bewerber die SWDU unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen. Unterbleibt ein solcher Hinweis trotz Erkennbarkeit, kann der Bewerber aus diesen Aspekten keine Rechte geltend machen.

2. Weiterer Verfahrensablauf

Über den weiteren Verfahrensablauf nach Ablauf der Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge, insbesondere über eventuelle Änderungen des geplanten Zeitablaufs wird die SWDU rechtzeitig gesondert informieren.

Die geplanten Zuschlagskriterien für die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots werden folgende Kategorien umfassen:

- Gesamtwirtschaftlichkeit [80%]
- Liefer- und Montagezeit [10%]
- Risikostruktur der Verträge [10%]

Die genauen Zuschlagskriterien einschließlich Unterkriterien sowie Wertungs- und Gewichtungsmechanismus werden den späteren Bietern mit der Aufforderung zur Abgabe eines indikativen Angebots mitgeteilt. Sie bilden zugleich den Maßstab für eine Reduzierung des späteren Bieterkreises nach Eingang und Auswertung der indikativen Angebote.

2.1 Reduzierung des Bieterkreises nach Auswertung der indikativen Angebote und Verhandlungsgespräche

Die SWDU behält sich vor, den Bieterkreis nach der ersten Angebotswertung zu beschränken, also nicht mit allen Bietern Verhandlungsgespräche zu führen. Es wird jedoch mit mindestens drei Bietern verhandelt, sofern ausreichend indikative Angebote eingegangen sind. Durch dieses Verfahren soll gegebenenfalls unnötiger Aufwand bei den Bietern vermieden werden.

Alle nicht weiter am Verfahren beteiligten Bieter erhalten eine Zwischeninformation. Diese Bieter werden nicht aus dem Verfahren ausgeschlossen, sondern bleiben als Reservebieter erhalten. Sie werden jedoch nur und erst dann wieder in das Verfahren einbezogen, wenn die Verhandlungen mit den bevorzugten Bietern nicht (mehr) erfolgversprechend sind.

2.2 Finale Aufforderung zur Angebotsabgabe

Im Anschluss an die Verhandlungen werden die Bieter, mit denen verhandelt wurde, aufgefordert, ein finales Angebot einzureichen. Die angebotenen Preise im finalen Angebot dürfen gegenüber dem indikativen Angebot nur gesteigert und qualitative Zusagen im Sinne der Zuschlagskriterien nur gesenkt werden, soweit sie nachweisbar auf Änderungen der Vergabeunterlagen oder Änderungen der vom Bieter nicht zu beeinflussenden Rahmenbedingungen (z.B. Änderung gesetzlicher Rahmenbedingungen) beruhen.

Die Auftragsvergabe steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Gremien des Auftraggebers. Der Auftraggeber behält sich vor, Vertragsschluss und Angebotsbindefristen und die Ausführungszeiten zeitlich und inhaltlich an das Vorliegen der öffentlich-rechtlichen Genehmigungen anzupassen.

2.2.1 Verifizierung der Eignung vor Zuschlagserteilung

Die SWDU behält sich das Recht vor, die Angaben der Bewerber zu ihrer Eignung bis zur Zuschlagserteilung zu verifizieren, Erkundungen bei den Referenzgebern anzustellen oder weitere Unterlagen der Bewerber zur Validierung der im Teilnahmewettbewerb gemachten Erklärungen abzufordern. Insbesondere wird die SWDU gemäß § 6 WRegG vor Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister einholen

3. Entschädigungen

Für die Teilnahme an dieser Ausschreibung werden keinerlei Entschädigungen gewährt.

4. Weitere Verfahrensinformationen und Fragen

Das Wettbewerbsverfahren wird über einen Projektraum des Vergabemarktplatzes Metropole Ruhr (<https://www.vergabe.metropoleruhr.de>) abgewickelt. Alle Bewerber erhalten einen kostenfreien Zugang zum Projektraum, in dem die Unterlagen zu diesem Wettbewerbsverfahren hinterlegt sind.

Alle Bewerber werden darauf hingewiesen, dass der Auftraggeber während des wettbewerblichen Verfahrens ausschließlich über die Vergabepattform mit den Bewerbern kommuniziert. Mitteilungen des Auftraggebers an die Bewerber gelten nach den Bestimmungen des

Vergabeportals als zugegangen, wenn diese in den Projektraum eingestellt werden. Bewerber sind daher im eigenen Interesse gehalten, regelmäßig im Projektraum nach Mitteilungen des Auftraggebers zu schauen, insbesondere 5 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist.

Fragen zu den Vergabeunterlagen oder Hinweise auf etwaige Unklarheiten sind bis spätestens 10 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist ausschließlich über die o.g. Vergabepattform an den Auftraggeber unter Verwendung des **Formblatts TA 10** zu richten. Der Auftraggeber kann von der Beantwortung von Fragen absehen, die nach diesem Zeitpunkt eingehen.

Die Antworten auf Bieterfragen werden allen Bietern zeitgleich über die o.g. Vergabepattform übermittelt.

Die Bewerber sind aufgefordert, keine Informationen bei anderen Vertretern der SWDU, deren Mitarbeitern oder Mitarbeitern von Drittfirmen oder Beratern einzuholen. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann zum Ausschluss des Bewerbers führen.

Die übersandten Unterlagen sind vertraulich zu behandeln und dürfen nur im Rahmen dieser Ausschreibung verwendet werden.

Änderungen an den vorformulierten Texten der Formblätter sind unzulässig.

Änderungen an den Eintragungen des Bewerbers sind zweifelsfrei kenntlich zu machen.

5. Rügepflicht

Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen und Rügen ergeben sich aus §§ 134 und 135. Entsprechend dem § 160 Abs. 3 GWB ist der Antrag unzulässig, soweit

- (1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
- (2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- (3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

- (4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 2 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

6. Formblätter

Die Bewerber werden gebeten, die als **Anlage 1** beigefügten Formblätter zu verwenden.

7. Änderungen

Die SWDU behält sich Änderungen an den Vergabeunterlagen vor.

Anlagen

Anlage 1 – Formblätter